



Rede

Was tut Europa für die Wirtschaft?

Unternehmertag der Landesvereinigung Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz
Dienstag, 9. Juni 2009, Empfang ab 15.30 Uhr
Kurfürstliches Schloss, Mainz.

Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel
Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie e.V.

Redezeit: ca. 15. Minuten

Sendesperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1432
F: 030 2028-2432

Internet
www.bdi.eu

Für die Einladung zum LVU-Unternehmertag nach Mainz danke ich Ihnen herzlich. Ich habe sie gern angenommen. Nicht nur, um – wie erbeten – der Frage nachzugehen, **was Europa für die Wirtschaft tut;** sondern auch, um darüber zu sprechen, was Europa **tun muss**, damit wir möglichst rasch aus der derzeitigen Krise heraus kommen. Für Deutschland, dem Land, mit dem stärksten Industrieanteil in Europa und den vielen Arbeitsplätzen, die von der Industrie unmittelbar oder mittelbar abhängen, müssen dabei industriepolitische Fragen ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Das gilt genauso für Rheinland-Pfalz. Hier wird rund ein Drittel der Wirtschaftsleistung von der Industrie erbracht. Und noch etwas macht Rheinland-Pfalz geradezu zu einem Kernland des Bundesverbandes der Deutschen Industrie: Das Land verfügt über einen starken industriellen Mittelstand. Der ganz überwiegende Teil der Industrieunternehmen in Rheinland-Pfalz, nämlich über 90 Prozent, hat weniger als 500 Mitarbeiter. Es geht eben nicht nur um BASF, wenn wir über Industrie in Rheinland-Pfalz sprechen. Umso mehr freue ich mich, heute zum ersten Mal als BDI-Präsident zu Ihnen sprechen zu können.

Gestatten Sie mir zunächst einige Worte in eigener Sache. Was können Verbände, Unternehmen und Öffentlichkeit, was können Sie von mir als BDI-Präsident erwarten? Nach gut drei Jahrzehnten unternehmerischer Verantwortung, davon mehr als 15 Jahren an der Spitze von Hochtief, möchte ich in einigen wenigen Punkten darlegen, wofür ich stehe.

Ich stehe für unsere soziale Marktwirtschaft als Wertegemeinschaft.

Ich trete ein für eine Ordnung, in der das Erwirtschaften vor dem Verteilen steht. Eine Ordnung, die darauf basiert, dass der Nutzen für den Einzelnen dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen dient.

Ich stehe für Werte. Da habe ich keine Scheu, mich zu alten Werten zu bekennen und ein Wort wie „Anstand“ in den Mund zu nehmen. Die Werte des Anstands gehören genauso zu unserem Leben, auch zu

unserem Wirtschaftsleben, wie das Gesetzbuch. Auf dem Bau habe ich gelernt, dass ein Handschlag gilt. Das hat mich geprägt.

Seite
3 von 7

Ich stehe für kritischen Dialog. Das bedeutet für mich, gut zuzuhören, offen zu sein für konstruktive Kritik und die Argumente anderer, dann sorgfältig abzuwägen. Es heißt aber auch, mir eine eigene Meinung zu bilden und für die dann selbstverständlich einzutreten. Ich habe mich immer bemüht, Klartext zu reden. Das will ich auch weiterhin tun, im Umgang mit der Politik, im Auftreten in der Öffentlichkeit, auch, wenn es sein muss, im Gespräch mit der eigenen Zunft. Denn der BDI ist mehr als ein Vermittlungsausschuss oder ein Verstärker von Einzelinteressen.

Natürlich ist der BDI in erster Linie Dienstleister und Sachwalter seiner Mitgliedsverbände und ihrer 100.000 Mitgliedsunternehmen. Aber ich bin überzeugt: Er handelt nur dann wirklich in ihrem Interesse, wenn er aus den vielen individuellen – und manchmal auch gegenteiligen – Positionen einen Standpunkt für das Ganze formuliert und offensiv vertritt.

Tolstoi hat einmal bemerkt, alle wollten die Welt ändern, aber niemand sich selbst. Das ist menschlich verständlich, aber wirtschaftlich verkehrt. Meine Lehre aus gut 35 Jahren Berufserfahrung lautet: Wer auf dem Markt bleiben will, muss sich ändern. Das gilt insbesondere in Zeiten der Krise. Dafür müssen wir, dafür werde ich, verstärkt werben.

2009 ist ein Jahr der Jubiläen: 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und Grundgesetz, 20 Jahre Mauerfall, und, ja auch 60 Jahre BDI. Viele gute Gründe zum Feiern also, trotz der gegenwärtigen Krise. Eigentlich hätten wir auch vergangenen Sonntag Grund zur Freude gehabt, denn seit 30 Jahren können wir das Europäische Parlament direkt wählen. Für mich ist das eine enorme demokratische Errungenschaft für das vereinigte Europa. Doch leider müssen wir feststellen, dass immer weniger Menschen die Chance zur demokratischen Mitgestaltung Europas nutzen:

Europaweit ist die Beteiligung an der Europawahl von 63 Prozent 1979 auf heute 43 Prozent zurückgegangen. In Deutschland haben 1979 65,7

Prozent der Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, dieses Mal nur noch 43,3 Prozent.

Seite
4 von 7

Die Beteiligung an den Europawahlen in Deutschland ist also seit der Einführung der Direktwahl vor 30 Jahren nahezu um ein Viertel gesunken. Und das trotz wachsender Machtfülle des Parlaments. Ich halte das für dramatisch.

Wir kommen auch nicht um die Erkenntnis herum, dass die niedrige Wahlbeteiligung ein Beleg dafür ist, dass der Gedanke eines vereinigten Europas längst nicht mehr dieselbe Faszination auf die Menschen ausübt wie in der Nachkriegszeit. Für mich persönlich war es ein einschneidendes Erlebnis, als mein Vater 1963 mit mir nach Stuttgart fuhr, wo Konrad Adenauer und Charles de Gaulle gemeinsam vor die Menschen traten. Die früheren Erzfeinde Deutschland und Frankreich friedlich und freundschaftlich vereint, das war ein bewegendes Bild für mich. Heute erscheinen mehr als 60 Jahre Frieden und Sicherheit in Europa oft selbstverständlich. Wir verdanken sie aber in erster Linie der europäischen Integration.

Trotzdem erleben wir derzeit, dass die europäischen Errungenschaften – der Binnenmarkt, der Euro, die offenen Grenzen - in Frage gestellt werden. Denn angesichts der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise, die unser Land bisher erlebt hat, denken zu viele Menschen wieder in nationalen Kategorien. Nationale Alleingänge und Protektionismus sind aber keine Antwort auf die Krise: Im Gegenteil: Tendenzen zur Renationalisierung beschädigen den Binnenmarkt. Und wer den Binnenmarkt beschädigt, schadet auch dem heimischen Markt! Das gilt ganz besonders für Deutschland und für unsere Industrie, deren Export zu nahezu zwei Dritteln in den EU-Binnenmarkt geht. Wir brauchen offene Märkte. Der Binnenmarkt ist Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges.

Und noch eins muss klar sein: Nur mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung können wir die gegenwärtige Krise überwinden – und sogar

gestärkt aus ihr hervorgehen. Staatliche Strukturen in der Wirtschaft haben sich noch nie als erfolgreich erwiesen. Dass die DDR mit ihrer Staatswirtschaft am Ende bankrott war, wird heute leider häufig übersehen. Der Staat ist eben kein guter Unternehmer. Das sage ich in vollem Bewusstsein der Situation hier im Land. Die Zukunft des Opel-Werks in Kaiserslautern ist ein wichtiges Thema für die Menschen, die hier leben.

Kein Mensch will, dass Arbeitsplätze wegfallen. Wenn aber jeder gerettete Arbeitsplatz 300.000 Euro kostet, verfolgt man diese Rettungsaktion mit angehaltenem Atem. Das gilt umso mehr, als die Retter selbst es waren, die zur Rettung gedrängt haben. Die Bürger in Deutschland waren mehrheitlich dagegen. Jeder Mittelständler vergleicht doch die Rettungsaktion mit seiner eigenen Situation. Für Opel wurde eine Entscheidung getroffen, die aus unternehmerischer Sicht abenteuerlich ist. Üblicherweise würde dafür der Vorstand in Haftung genommen, nicht der Steuerzahler. Wie passt das damit zusammen, dass im Bundestag derzeit die Managerhaftung gesetzlich verschärft werden soll?

Wenn die Politik sich so wenig an die eigenen Grundsätze hält, dann darf sie nicht über Wahlenthaltung klagen. Denn Wahlmüdigkeit hat auch etwas mit Mangel an Glaubwürdigkeit zu tun. Auch das ist eine Frage, die wir uns im Zusammenhang mit der Rettung von Opel stellen müssen. Allen europäischen Bekenntnissen zum Trotz fallen die europäischen Regierungen in nationale Denkmuster zurück. Appelle zur Beteiligung an der Europawahl müssen ins Leere laufen, wenn die Politik ständig nationale Standorte gegeneinander ausspielt.

Warum sollte man zur Europawahl gehen, wenn die Alternativen Belgien oder Großbritannien oder Deutschland sind? Warum sollten die Bürger sich für Europa engagieren, wenn es industriepolitisch beliebig zur Disposition gestellt wird? Und am Ende ist es dann doch eine europäische Entscheidung, denn die Europäische Kommission muss nationale

staatliche Hilfen genehmigen. Wie will man damit Bürger für Europa begeistern?

Seite
6 von 7

Die Politik und noch so viel öffentliches Geld werden es nicht schaffen, Deutschland und Europa aus der Krise heraus und wieder nach vorn zu bringen. Nur die vielen Millionen Beschäftigten zusammen mit ihren engagierten Unternehmern können und werden das schaffen. Das Beste, was Europa für die Wirtschaft in diesem Sinne getan hat und weiter tun kann, sind nicht etwa Subventionen oder Fördermittel, sondern die Sicherung stabiler, wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen. Wir erwarten, dass die EU in der nächsten Wahlperiode die Weichen richtig stellt, damit die europäischen Unternehmen im globalen Wettbewerb auch zukünftig bestehen können.

Das setzt voraus, dass die Kommission bei ihren Gesetzgebungsvorschlägen von vornherein die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Europa stärker berücksichtigt. Die Einrichtung eines „Impact Assessment Boards“, das alle Rechtssetzungsakte auf ihre Folgen für die Wirtschaft hin überprüft, ist da ein wichtiger Schritt. Erfreulich ist auch, dass die Kommission die Gesetzesfolgenabschätzung durch den „Small Business Act“ um einen Mittelstandstest erweitert hat. Denn der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft in Deutschland und in Europa. Diese Erkenntnis sollte nicht nur in Sonntagsreden beschworen, sondern in der politischen Wirklichkeit gelebt werden. Dafür ist es wichtig, neue Gesetze schon in der Entstehungsphase darauf zu überprüfen, ob sie mittelstandsfreundlich sind. Das ist die beste Politik für den Mittelstand, die es geben kann.

Die Ausrichtung der europäischen Gesetzgebung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie muss sich jedoch auf alle Bereiche erstrecken, die Auswirkungen auf die Industrie haben: etwa die Verkehrspolitik, die Umweltpolitik, die Verbraucherpolitik oder die Forschungspolitik. Was nützen Entlastungen auf der einen Seite, wenn die Unternehmen von der anderen Seite mit neuen bürokratischen Vorschriften überzogen werden? Ich erinnere an die

Chemikalienverordnung REACH und die Anti-Diskriminierungsrichtlinien, die jetzt sogar noch ausgebaut werden sollen. Und die aktuellen Pläne der EU-Kommission zur Einführung von Sammelklagen sind außerordentlich schädlich und überflüssig.

Was in der Europäischen Union in den kommenden Monaten und Jahren entschieden wird, wird große Auswirkungen auf die Wirtschaft in Deutschland haben. 2009 ist ein entscheidendes Jahr für die EU. Die gerade abgeschlossenen Europawahlen und die nun bevorstehende Ernennung der neuen Kommission sind ein wichtiger Einschnitt. Die Bemühungen um die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages dauern an. Und werden hoffentlich erfolgreich enden.

Bei alledem muss die Idee der politischen und wirtschaftlichen Freiheit wieder in den Mittelpunkt rücken. Der marktwirtschaftlich und wettbewerblich verfasste europäische Binnenmarkt hat zu unvergleichbarem Wachstum und Wohlstand geführt und ist eine weltweit einzigartige Erfolgsgeschichte.

Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass wir nach der Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise zur bekannten Leistungskraft in Europa zurückfinden werden. Dann wird Europa auch wieder die Faszination entfalten, die es für Generationen hatte.